

## Der Weg zum Beschluss:

Die Bundeswehr muss dann am Schultor halt machen, wenn die Schulgemeinde sich demokratisch gegen den Besuch der Bundeswehr sowohl im Unterricht als auch auf anderen schulischen Veranstaltungen ausspricht.

Dieser Beschluss der Schulgemeinde kann sowohl von Eltern, LehrerInnen als auch von SchülerInnen angestoßen werden und von der Schulkonferenz, dem höchsten beschlussfähigen Gremium der Schule, beschlossen werden.

Wie kann der Weg dahin aussehen? Die folgende Anleitung stellt aus SchülerInnenperspektive den Weg dar, kann jedoch leicht auf andere schulischen Akteure übertragen werden.

### Die Idee

Als erstes solltet Ihr die Idee bekannt machen, einen Vorschlag in der SV machen, einen Artikel in der SchülerInnenzeitung schreiben oder im LehrerInnenkollegium darüber sprechen. So könnt Ihr sehen, ob diese Idee auf positive Resonanz trifft. Wichtig ist, mit den Menschen direkt zu diskutieren.

### Werbung machen und die Idee verbreiten:

Als SchülerInnen solltet Ihr in den Schülerrat gehen um zu sehen, ob auch die KlassensprecherInnen hinter dieser Idee stehen. Auch könnt Ihr Euch bei einer Lehrerratssitzung anmelden und dort „vorsprechen“ genau wie bei der Elternpflegschaftssitzung. Wichtig ist, dass Ihr versucht, alle Parteien auf Eure Seite zu bekommen. Auch solltet Ihr in dieser Phase Plakate machen, vielleicht Flyer verteilen, einen werbenden Schülerzeitungsartikel schreiben oder eine Durchsage machen.

### Einen Antrag an die Schulkonferenz stellen:

Einen Antrag an die Schulkonferenz könnt Ihr entweder als SchülerInnen alleine aber auch, und das ist noch besser, gemeinsam mit Eltern und/oder LehrerInnen stellen. Wie Ihr diesen Antrag schreibt, könnt Ihr unserem Musterantrag (auf unsere Homepage) entnehmen. Der Antrag muss spätestens 14 Tage vor dem Termin der Schulkonferenz eingereicht werden (z.B. im Sekretariat).

Viel Erfolg und Spaß beim Weg zur „Bundeswehrfreien Schule“

## Wer wir sind

Die Kampagne „Schule ohne Militär“ wird getragen vom Bündnis „Schule ohne Bundeswehr NRW“ und unterstützt von weiteren Gruppen der Friedens- und antimilitaristischen Bewegung, der Landes-SchülerInnenvertretung NRW und Gewerkschaftsgliederungen sowie Einzelpersonen.

Wir rufen SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern an den Schulen in NRW auf: Macht/Machen Sie deutlich, dass die Bundeswehr an Eurer/Ihrer Schule nicht erwünscht ist! Haltet/Halten Sie diese Haltung durch einen Beschluss der Schulkonferenz fest und machen Sie diesen öffentlich! Dabei wollen wir als Kampagne Euch/Sie unterstützen.

Wir bieten

- ReferentInnen zu Zielen und Hintergründen der Kampagne
- Informationsmaterialien für SchülerInnen, LehrerInnen, Eltern und alle weiteren Interessierten
- Hilfestellung für Engagierte an Schulen und im Umfeld

[WWW.SCHULE-OHNEMILITÄR.DE](http://WWW.SCHULE-OHNEMILITÄR.DE)



### Kontakt:

Kampagne „Schule ohne Militär“  
c/o DFG-VK NRW  
Braunschweiger Str. 22  
44145 Dortmund  
0231/818032  
[info@schule-ohne-bundeswehr-nrw.de](mailto:info@schule-ohne-bundeswehr-nrw.de)

SCHULE

OHNE

MILITÄR

KAMPAGNE



[WWW.SCHULE-OHNEMILITÄR.DE](http://WWW.SCHULE-OHNEMILITÄR.DE)

## Unsere Schule bundeswehrfrei!

Im Jahr 2012 hat das Schulministerium die Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr erneuert. Die Bundeswehr erhält erleichterten Zugang zum Klassenraum. Mit Auftritten an Schulen will die Bundeswehr SchülerInnen für den ‚Dienst mit der Waffe‘ gewinnen, für militärisches Denken und Handeln. Man nutzt dabei die wachsende Perspektivlosigkeit aus.

Während immer mehr Jugendliche von Ausbildungsplatzmangel, Leiharbeit, oder Hartz IV bedroht sind, verspricht die Bundeswehr gute Bezahlung und einen sicheren Arbeitsplatz und versucht gezielt, junge Menschen zu ködern. Dass ‚Bundeswehr‘ vermehrt ‚Kriegseinsatz‘ bedeutet, fällt in geschönten Werbeauftritten oft hinten runter. SoldatInnen müssen bereit sein, auf Befehl zu töten. Sie gehen ein hohes Risiko ein, selbst getötet oder Opfer traumatischer Erlebnisse zu werden.

Die Neutralität von Schule wird hierbei ebenso verletzt, wie ihr Bildungsauftrag zur Friedenserziehung laut Landesverfassung und Grundgesetz. Das Schulgesetz NRW schreibt vor, dass Schule zur Friedensgesinnung erziehen soll. Dafür sind die ausgebildeten LehrerInnen selbst am besten geeignet. Jugendliche haben ein Recht auf eine Zukunft ohne Krieg und auf ein Leben in Frieden.

Militärs haben an Bildungseinrichtungen und Arbeitsämtern nichts zu suchen. Es darf keine offene oder verdeckte Werbung an Schulen geben. Das gilt auch für Unterrichtseinheiten, die SchülerInnen auf angebliche Sachzwänge orientieren, statt eine gründliche Problemanalyse zu erarbeiten. Und Abenteuerfreizeiten mit Technikfaszination und einem geschönten Bild vom Leben als Soldat sind als Missbrauch der Unerfahrenheit zu verbieten. Werbung für „Fun in Oliv“ hat an Schule nichts zu suchen.

Wir rufen SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern an den Schulen in NRW auf: Macht/machen Sie deutlich, dass die Bundeswehr an Eurer/Ihrer Schule nicht erwünscht ist! Die Schule ist in ihrer Entscheidung autonom. Die Schulkonferenz kann diese Meinung der SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern als Beschluss festhalten und öffentlich machen.

## Die Kampagnenidee

Das Bündnis „Schule ohne Bundeswehr NRW“ setzt sich gegen die Bundeswehrpräsenz in der Schule ein.

Die Arbeit des Bündnisses richtet sich dabei vor allem gegen zwei Aspekte: gegen die Kooperationsvereinbarung und auch direkt gegen jeden einzelnen Besuch der Bundeswehr an der Schule oder auf einer Jobmesse.

Das Bündnis „Schule ohne Bundeswehr NRW“ hat sich für das Schuljahr 2013/14 eine konkrete Kampagne vorgenommen: Wir wollen Schulen in NRW dazu motivieren, sich „militärfrei“ zu erklären. Wir wollen verstärkt Diskussionen über Friedenserziehung an Schulen anstoßen, Argumente gegen die Bundeswehr an Schulen verbreiten und am Ende möglichst viele Schulen zu einem entsprechenden Schulkonferenzbeschluss ermutigen. Wir wollen uns gegenseitig unterstützen, den Akteuren an den Schulen das Gefühl geben, dass sie auf ihre Entscheidung stolz sein können, und ihnen den Mut geben, sich in der Öffentlichkeit zu ihrem Beschluss zu bekennen.

In der Kampagnenlaufzeit wollen wir intensive Diskussionen und Aktionen voranbringen und das Geschaffte am Ende auch bekanntmachen und gemeinsam feiern. Die Kampagne will Motivation für alle Schulen sein: Eine bestimmte Anzahl an Schulen wird „militärfrei“ und alle bekommen mit, es kann klappen. Wir können größere Öffentlichkeitspräsenz bewirken und die beteiligten Aktiven werden motiviert, denn das Ziel ist zu schaffen!

## Schulen sagen Nein zur Bundeswehr:

**Käthe Kollwitz-Schule, Offenbach**  
Beschluss der Schulkonferenz vom 24.3.2011  
(...) Die Gesamtkonferenz lehnt die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Hessischen Kultusministerium und der Bundeswehr ab und will keine Jugendoffiziere an der Käthe-Kollwitz-Schule haben. (...)

**Bert-Brecht-Schule, Darmstadt**  
Beschluss der Gesamtkonferenz vom 11.05.2012  
(...) Der „Geist“ der Bertolt-Brecht-Schule ist „geprägt durch ein nicht autoritäres Schulklima, in dem Lehrerinnen und Lehrer den Schülerinnen und Schülern konstruktiv begegnen (...) Diese Grundsätze stehen im Widerspruch zu den autoritären, hierarchischen Strukturen der Bundeswehr, welche keinen Platz für Selbstverantwortung und Selbstentfaltung lassen.

**Robert-Baum-Gymnasium, Berlin**  
Beschluss der Schulkonferenz, März 2011  
... Die serienmäßige Lösung von Konflikten mit militärischen Gewalt widerspricht der an unserer Schule gepflegten Kultur und unseren Erziehungszielen. (...)

Bis Mitte 2013 sind 9 Schulen in Deutschland bekannt, die einen Beschluss gegen Bundeswehrbesuche gefasst haben.

